

Antrag der Fraktion der CDU**Weitere Ausbreitung des Coronavirus im Land Bremen eindämmen, Kranke versorgen, Aufklärung verstärken und wirtschaftliche Folgen minimieren**

Die Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus ist die größte Herausforderung in der Geschichte des Landes Bremens seit dem Ende des zweiten Weltkrieges. Die Lage ist sehr ernst, denn es geht um die Gesundheit und das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger. In nie dagewesener Geschwindigkeit ist das öffentliche und gesellschaftliche Leben in unseren beiden Städten auf ein Minimum reduziert worden. Die damit verbundenen Einschränkungen der persönlichen Freiheit, des sozialen Miteinanders sowie die wirtschaftlichen Folgen stellen eine enorme Herausforderung für die Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven und Bremen dar. Die schnelle Ausbreitung des Virus kann aber nur durch gemeinsames Handeln und Beachten der Kontakt- und Hygieneregeln durch alle Bürgerinnen und Bürger verhindert werden.

Aktuell geht es in erster Linie darum, die Geschwindigkeit der Ausbreitung zu minimieren, die medizinische Versorgung sicherzustellen und wirtschaftliche Härten abzufedern.

Die Anzahl der infizierten Personen im Land Bremen steigt, wie im gesamten Bundesgebiet, stetig an. Die Anzahl der infizierten Personen pro 100 000 Einwohner ist im Land Bremen vergleichsweise hoch. Die Planung und die ergriffenen Maßnahmen der Behörden verfolgen das Ziel, die Ausbreitung des Virus zu verzögern und damit Morbidität und Mortalität in der Gesamtbevölkerung zu reduzieren. Zudem soll die Versorgung erkrankter Personen sichergestellt werden; vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel die Bewohner von Altenheimen und Pflegeeinrichtungen, müssen besonders geschützt werden.

Nicht abzuschätzen sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise. Arbeiten im Homeoffice, Untersagung von touristischen Reisen, vermehrte Grenzkontrollen, Einreiseverbote, Unterbrechung der Lieferketten, Betriebsuntersagungen, Betriebsschließungen und Kurzarbeit sind die aktuell sichtbarsten und spürbarsten Folgen. Wie die EU, der Bund und die Länder hat auch der Bremer Senat Soforthilfen für kleine und kleinste Unternehmen beschlossen und weitere Maßnahmen zur Stützung betroffener Unternehmen und Branchen angekündigt beziehungsweise in Aussicht gestellt.

Um irrationales und angstgetriebenes Verhalten, wie zum Beispiel Hamsterkäufe, infolge der Corona-Krise zu vermeiden, haben die transparente Weitergabe von Wissen und eine ebenso konsequente wie nachvollziehbare Entscheidungsfindung der Behörden weiter höchsten Stellenwert. Ein „News Room“ kann helfen, die Vielzahl an Falschmeldungen, Gerüchten und Mutmaßungen zu widerlegen, die derzeit im Netz kursieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die koordinierten Aktionen, getroffenen Maßnahmen und Empfehlungen von WHO, EU-Kommission, Bundesregierung, Landesregierungen, Kommunalbehörden und Robert-Koch-

Institut zur Eindämmung und Bekämpfung der Corona-Pandemie und seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen und mahnt alle Beteiligten zur Achtsamkeit und Besonnenheit.

2. Die Bremische Bürgerschaft appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven an der Eindämmung der Corona-Krise mitzuwirken, sich an die ausgesprochenen Empfehlungen und beschlossenen Auflagen zu halten, dabei besonnen zu bleiben und sich solidarisch, hilfsbereit und rücksichtsvoll zu verhalten. Dieses ist bereits in beeindruckender Breite der Fall. Das zeigt, dass überzeugende und rechtzeitige Information in der Krise das wichtigste Instrument ist. Wo dieses nicht wirkt, sind die Regeln in angemessener Art und Weise im Interesse der Allgemeinheit durchzusetzen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht ihren Dank und Respekt gegenüber den Beschäftigten der Behörden, Institutionen und Unternehmen aus, die für die Bewältigung der Corona-Krise unverzichtbar sind. Diese sind insbesondere die Pflegebereiche, die Ärzteschaft, die Gesundheitsdienstleistungen, das Gesundheitsamt, die Polizei, die Feuerwehr, die Rettungsdienste, aber auch der Lebensmitteleinzelhandel und die Medien.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die Arbeitgeber im Lande Bremen, sich mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf flexible, unbürokratische und einvernehmliche Lösungen zu einigen, damit die Abwesenheit am Arbeitsplatz zu Zwecken der Kinderbetreuung, wenn diese aufgrund der Schließung von Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten nicht anderweitig organisiert werden kann, nicht zu übermäßigen Lohnneinbußen führt. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert ferner an die Arbeitgeber für größtmögliche Schutzmaßnahmen für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsplatz zu sorgen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, alle Regelungen, insbesondere grundrechtsrelevante Einschränkungen, zu befristen und nach Ablauf der Befristung die Notwendigkeit der Verlängerung zu überprüfen.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) bekundet ihren festen Willen, auch in der Corona-Krise jederzeit beschluss- und kurzfristig handlungsfähig zu sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. alle fachlich zuständigen Behörden und Institutionen im Land Bremen, vor allem Gesundheitsämter, Hafenamts, Krankenhäuser, Haus- und Kinderärzte, Polizei, Ordnungsämter, Feuerwehr und Rettungsdienste, zu unterstützen und in die Lage zu versetzen, in Abstimmung mit den zuständigen Bundesbehörden alle notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung beziehungsweise Verlangsamung der Coronavirus-Ausbreitung im Land Bremen zeitnah ergreifen zu können; hierzu zählt insbesondere das Vorhalten zusätzlicher Kapazitäten im intensivmedizinischen stationären Bereich sowie die ausreichende Ausstattung der Krankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen mit Schutzkleidung, Masken, Brillen und Desinfektionsmitteln;
2. zur Entlastung der niedergelassenen Ärzte und Kliniken, zur Minimierung der Ansteckungsgefahr und zur Beschleunigung von Abläufen die im Land Bremen eingerichteten Corona-Ambulanzen personell und materiell auf dem erforderlichen Niveau auszustatten und die Einrichtung weiterer Ambulanzen, beispielsweise in Bremen-Nord zu prüfen;
3. sich auf Bundesebene für die Etablierung einheitlicher Meldekettens zwischen Behörden und Krankenhäusern für Intensivfälle und freie Intensivbettenkapazitäten einzusetzen;
4. ad-hoc-Zulassungen für ausländische Pflegekräfte im Land Bremen zu erteilen, die sich noch im Anerkennungsverfahren befinden;

5. auf die Einhaltung des Influenzapandemieplans des Landes Bremen zu achten sowie diesen nach Ende der aktuellen Krise auf Basis des vom RKI überarbeiteten Nationalen Pandemieplans zu aktualisieren;
6. die mit HaFa-Beschluss vom 18. März 2020 bereitgestellten Globalmittel im Landeshaushalt in Höhe von fünf Millionen Euro zur Deckung von unabweisbaren Mehrbedarfen in einzelnen Ressorts infolge der Corona-Ausbreitung zweckgebunden, zügig und substantiell aufzustocken;
7. in Abstimmung mit der Bundesregierung die operative und finanzielle Leistungsfähigkeit der bremischen Hafen- und Logistikwirtschaft als strategischen Bestandteil von Lieferketten sowie die erforderlichen Verkehrsanbindungen zwischen den Seehäfen und den Wirtschaftszentren in Europa, gerade auch im grenzüberschreitenden Güterverkehr, sicherzustellen und hierfür insbesondere
 - die Häfen offenzuhalten und Crew-Wechsel weiter zu ermöglichen;
 - sich auf Bundesebene für eine temporäre Aussetzung der Lenk- und Ruhezeitbestimmungen für Lkw-Fahrer einzusetzen;
8. eine ausreichende Kindernotbetreuung für Beschäftigte im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der kritischen Infrastruktur, insbesondere bei Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), im Gesundheitswesen, Rettungsdienst, in der Pflege, der Justiz, sowie weiteren unverzichtbaren Berufsgruppen, wie zum Beispiel in den Bereichen Lebensmitteleinzelhandel, Ernährung, Transport und Verkehr, sicherzustellen;
9. sich auf Bundesebene für eine Gesetzesänderung einzusetzen, damit Beschäftigte in Kurzarbeit einen Zweitjob in Bereichen annehmen können, die jetzt dringend benötigt werden, zum Beispiel als Erntehelfer, Lkw-Fahrer oder im Lebensmitteleinzelhandel, ohne dass das Zusatzeinkommen in voller Höhe angerechnet wird; die Arbeitsagenturen sollen von Kurzarbeit Betroffenen Beschäftigungen beziehungsweise Nebenbeschäftigungen aktiv anbieten;
10. die für Unternehmenskrisen anwendbaren Förderprogramme von WFB und BAB, wie zum Beispiel Bürgschaften, Liquiditätshilfen, Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen (RUB), für von den Folgen der Coronavirus-Pandemie existenziell betroffene Unternehmen schnell verfügbar zu machen;
11. die beschlossene „Corona-Soforthilfe“ in Form nichtrückzahlbarer Zuschüsse für kleine Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, Solo-Selbstständige und Angehörige der freien Berufe im Land Bremen über die beschlossenen zehn Millionen Euro hinaus aufzustocken, auch für Betriebe mit zehn bis 250 Beschäftigten zu öffnen und bei der BAB und der BIS eine Bearbeitungszeit von maximal einer Woche sicherzustellen;
12. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die regulatorischen Rahmenbedingungen im medizinischen Bereich, etwa die Fristigkeit bei der Auditierung nach der neuen Medical Device Regulation (MDR), der aktuellen Situation anpasst und die zeitlichen Übergänge, etwa für die Geltungsdauer von Zulassungen, verlängert werden;
13. mit den Vertretern der DEHOGA zu erörtern, durch welche Maßnahmen, beispielsweise Aussetzung der City Tax, Senkung der Verbrauchssteuern, City-Marketing, nach Wiedereröffnung der Hotel- und Gaststättenbetriebe befristete Anreize zur stärkeren Nutzung und zur finanziellen Entlastung der Betriebe erreicht werden können,
14. die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) im Land Bremen zu beschleunigen, damit deutlich mehr Verwaltungsdienstleistungen elektronisch angeboten werden können und eine medienbruchfreie Kom-

munikation zwischen Bürgern und Unternehmen mit der Verwaltung ermöglicht wird;

15. die Bremische Bürgerschaft sowie die Öffentlichkeit weiterhin umfassend und regelmäßig, lage- und situationsabhängig zum Corona-Virus und die damit im Zusammenhang stehenden Auflagen und Maßnahmen zu informieren, die Kommunikation der einzelnen Senatsressorts und Senatsmitglieder optimal aufeinander abzustimmen, die Kapazitäten der zuständigen Telefon-Hotlines aufzustocken und zur Bekämpfung von „Fake News“ einen „Corona-Newsroom“ nach dem Vorbild des Saarlandes einzurichten.

Rainer Bensch, Carsten Meyer-Heder, Jens Eckhoff,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU